

Von Wohnungswirtschaft bis Kita-Betreuung

Ressort Kommunales und Innenpolitik der Linksfraktion im Saale-Orla-Kreis unterwegs

Auf Einladung der Landtagsabgeordneten Heidrun Sedlacik und ihres örtlichen Mitstreiters Philipp Gliesing besuchte das Ressort Kommunales und Innenpolitik der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE die Wohnring AG, die Gemeinschaftsunterkunft in Neustadt/Orla sowie die Polizeistation und die Kindertagesstätte „Pustebblume“ in Pößneck.

Beim Gesprächstermin in der Wohnring AG erläuterten Vorstandsvorsitzender Rolf Hentschel und Dr. Dieter Rebelein (DIE LINKE), Aufsichtsratsvorsitzender, welche Umstände zur 2005 abgeschlossenen Zusammenlegung von WohnungsGenossenschaft Neustadt und der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH zu einer Aktiengesellschaft führten.

Die Abgeordneten der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel und Heidrun Sedlacik, bewerteten das Vorgehen als eine zielführende Maßnahme, damit die Kapazitäten für den städtischen Wohnungsbau aufrecht erhalten werden. Die Unternehmensbildung ist die Folge einer mangelnden Förderung von kommunal gefördertem Wohnraum. Die Genossenschaftsanteile sind jetzt in Aktien angelegt, wobei die Stadt (57 Prozent) und die Stadtwerke (10 Prozent) den kommunalen Mehrheitsanteil stellen.

Gutscheinpraxis aufgehoben

Die LINKE-Landtagsabgeordnete Diana Skibbe und Philipp Gliesing besuchten unterdessen gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Thüringer Flüchtlingsrats, Steffen Dittes, die Gemeinschaftsunterkunft (GU) Neustadt/Orla, um mit der vor Ort engagierten Sozialarbeiterin ins Gespräch zu kommen. Empfangen wurden sie auch von Ralf Adam, Vorsitzender des DRK-Kreisverband Saale-Orla e.V., der

vor allem die baulichen Fortschritte in der GU hervorhob, und einem Sachbearbeiter des zuständigen Landratsamtes. Es wurde deutlich, dass sich die Situation der Flüchtlinge im Saale-Orla-Kreis durch die nach jahrelangem Druck verschiedener Initiativen unterstützt durch DIE LINKE gelungene Abschaffung der Residenzpflicht und die Aufhebung der Gutscheinpraxis wesentlich verbessert hat. Der Landkreis



ist ebenso wie die Träger der Einrichtung daran interessiert, die dezentrale Unterbringung der vor Krieg, Hunger und Armut geflüchteten Menschen in Wohnungen verteilt im Landkreis fortzusetzen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn auch die Mittel für die Betreuung der Menschen während ihres Neustarts in ein sicheres Leben ausreichend gewährleistet werden.

Im Gespräch mit Michael Menzel, Leiter der Landespolizeiinspektion Saalfeld, Torsten Lenk, Polizeiinspektion Schleiz, und Peter Trautmann, Polizeistation Pößneck, wurden die Auswirkungen der Polizeistrukturenreform

besprochen. Deutlich wurde aus Sicht der Abgeordneten, dass die von Innenminister Jörg Geibert (CDU) versprochene erhöhte Polizeipräsenz auf den Straßen durch die Reform nicht erreicht wurde und dass noch immer ein verlässliches Personalkonzept mit langfristiger Perspektive vermisst und gefordert wird.

Sozial verträgliche Kita-Beiträge

Abschließend trafen die Mitglieder des Ressorts aus aktuellem Anlass Elternvertreter, Gemeinderäte und Verantwortliche der Trägerorganisationen der Kitas im Kreis. Nach einem kurzem Rundgang in der Kindertagesstätte „Pustebblume“ kam es zu einer intensiven Diskussion über steigende Elternbeiträge.

Vor allem die Situation in Langenorla, wo sich die Gemeinde genötigt sieht, Beiträge auf bis zu 320 Euro zu erhöhen, konnte zielführend mit Frank Kuschel und dem zuständigen Kreistagsmitglied Thomas Hofmann (LINKE) erörtert werden.

Es wurde klar, dass die Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Kindertagesstättengesetzes nicht auf Grundlage einer fiktiven Größe, sondern zweckgebunden in voller Höhe erstattet werden sollten. Pläne zur Reduzierung der Standards und des Personals in den Kitas sind die Folge eines intransparenten Finanzierungskonzeptes.

Für ein Spitzenniveau in der frühkindlichen Erziehung braucht es sozial verträgliche Elternbeiträge, gut bezahlte Fachkräfte sowie Zusammenarbeit zwischen den Kommunen – und daran müssen sich der Bund und das Land viel stärker beteiligen.

Martin Voigt

VON A BIS Z:

Bürgerbeauftragter

Mit der Ablehnung des LINKE-Gesetzentwurfs zur Änderung des Bürgerbeauftragtengesetzes am 20. März im Landtag „hat die CDU/SPD-Koalition bewiesen, dass sie nicht nach der Qualität, sondern nach dem Fraktionsetikett über Gesetzentwürfe entscheidet. Dieser Reflex reicht so weit, dass selbst Inhalte abgelehnt werden, die die CDU zum Teil mit befürwortet. Sie scheut sich auch nicht, damit den Bürgerbeauftragten und seine Vorschläge abzulehnen“, so MdL Diana Skibbe, Sprecherin für Bürgerbeteiligung und Bürgeranliegen. Es sei unter sachlichen Gesichtspunkten in keiner Weise nachvollziehbar, dass zwar die CDU-Fraktion sogar die Forderung des LINKE-Gesetzentwurfs und des Bürgerbeauftragten nach Einführung eines Beanstandungsrechts bei Mängeln in der Verwaltung teilt, aber zu einer weiteren Diskussion im Ausschuss nicht bereit ist. Ebenso verhalte es sich mit der Ausweitung der Anhörungs- und Schlichtungsmöglichkeiten, dem Anregungsrecht des Beauftragten für Verbesserungsmaßnahmen bis hin zu Vorschlägen für gesetzliche Regelungen.

Man könne nur mit Befremden zur Kenntnis nehmen, dass sich die SPD einer sinnvollen Reform des Bürgerbeauftragtengesetzes verweigert. Die LINKE setzt sich weiter mit dem Bürgerbeauftragten und Verbänden wie Mehr Demokratie Thüringen und der Parität für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Bürgerbeauftragten sowie eine Änderung des Bürgerbeauftragtengesetzes ein. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden vom 9. bis 11. April sowie vom 21. bis 23. Mai statt.

Bildungskonferenz:

„Jetzt Plan Bildung“, lautet der Titel der Bildungskonferenz mit verschiedenen Workshops, zu der die Linksfraktion nach Erfurt in den Thüringer Landtag einlädt am Samstag, den 5. April, in der Zeit von 9.00 bis 18.00 Uhr (detailliertere Informationen auf der Internetseite der Fraktion).

Aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de.

Die Mitmach-Matrix der Fraktion unter: www.thueringen-fair-aendern.de

Blindengeld

Die Ankündigung von Thüringens Sozialministerin Heike Taubert, das Landesblindengeld erhöhen zu wollen, bezeichnete MdL Karola Stange, als längst überfällig. Dabei stelle sich jedoch nicht wirklich die Frage, „warum solche Versprechungen – übrigens auch erst für nächstes Jahr – wenige Monate vor der Landtagswahl von der Ministerin und SPD-Spitzenkandidatin gemacht werden“. Die LINKE-Abgeordnete erinnert an den Gesetzentwurf ihrer Fraktion zur Novelle des Thüringer Gleichstellungsgesetzes, da hätte dieser Schritt bereits getan werden können. Bisher sei der Stillstand in der Behindertenpolitik in Thüringen jedenfalls nicht überwunden und auch das Gleichstellungsgesetz nicht novelliert. ■

Mieten

„Mit einer Mietpreisbremse wird zwar die Mietenexplosion in den Ballungszentren verlangsamt, aber nicht wirklich gebremst“, sagte MdL Heidrun Sedlacik zu den Ankündigungen aus der Bundesregierung. Ob die Regelungen überhaupt umgesetzt würden, hänge am Wohlwollen der Bundesländer. Aber Thüringen habe nicht einmal Kriterien zur Beantragung einer Mietpreisbeschränkung für die Kommunen entwickelt. Auch mit dieser Mietpreisbremse können die Mieten bei einem Mieterwechsel eklatant steigen. Zudem bilde der Mietspiegel auch künftig nur die Neuvermietungen ab. DIE LINKE fordert einen Mietspiegel, der alle Mieten einbezieht und ein realistisches Bild der Mietsituation vor Ort gibt. ■

Elterngeld

Die Vorschläge zum Elterngeld kritisierte die LINKE Familienpolitikerin Margit Jung, vor allem, dass es weiterhin auf ALG II-Leistungen angerechnet wird. Zwar sei die größere Flexibilität, wie ein längerer Bezug bei Teilzeitarbeit oder die mögliche Inanspruchnahme bis zum achten Lebensjahr des Kindes, zu begrüßen, aber es sei nicht zu verstehen, warum weiterhin Menschen mit niedrigen Einkommen oder im Hartz IV-Bezug, Erwerbslose, Auszubildende und Studierende benachteiligt werden. „Neben einer familienfreundlicheren Arbeitswelt brauchen wir gebührenfreie Bildung von Anfang an – hier könnte der Bund durch eine Drittelbeteiligung an den Kita-Kosten die Familien nachhaltig entlasten.“ ■